

Auswirkungen des Brexit

Erfahrungen und Perspektiven der deutschen Wirtschaft
im Geschäft mit dem Vereinigten Königreich

Sonderauswertung der IHK-Unternehmensumfrage
Going International 2018

Going
International
2018



DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Die bundesweite Umfrage „Going International 2018“ des DIHK ist mit Unterstützung von 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland erstellt worden. An der Befragung im Februar 2018 haben sich über 2.100 auslandsaktive Unternehmen mit Sitz in Deutschland beteiligt. Die Ergebnisse der vorliegenden Sonderauswertung zum Brexit basieren auf den Antworten von rund 900 Unternehmen, die mit UK geschäftlich in signifikantem Umfang in Verbindung stehen. Das sind 43 Prozent der Unternehmensantworten.

Form der Geschäftstätigkeit im Vereinigten Königreich (Anteil der Unternehmen)

Exporte von Waren oder Dienstleistungen in das Vereinigte Königreich	91%
Importe von Waren oder Dienstleistungen aus dem Vereinigte Königreich	26%
Mit einer Niederlassung/einem Büro im Vereinigten Königreich	25%
Wir beschäftigen britische Staatsbürger	19%

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich (UK) betrug im Jahr 2017 121,5 Milliarden Euro. Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Handel mit UK ab. Deutsche Unternehmen haben bis heute Investitionen im Wert von über 140 Milliarden Euro aufgebaut. Es gibt circa 2.500 Niederlassungen deutscher Firmen, die nahezu 400.000 Mitarbeiter beschäftigen. Britische Unternehmen haben in Deutschland 1.400 Niederlassungen und beschäftigen circa 240.000 Mitarbeiter.

Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag Berlin Brüssel DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon ++32-2-286 1611 Telefax ++32-2-286 1605
Internet	www.dihk.de www.facebook.com/DIHKBerlin http://twitter.com/DIHK_News http://twitter.com/DIHK_Research
Verantwortlich	Kevin Heidenreich, Dr. Ilja Nothnagel
Redaktion	Mathias Dubbert, Steffen Behm, Linda Rath
	Stand Februar 2018

Die wesentlichen Ergebnisse:

1. Der bevorstehende Brexit ist bereits jetzt eine Belastung für Unternehmen

- Die deutschen Unternehmen mit UK-Geschäft erwarten 2018 nochmals schlechtere Geschäfte.
- Der Handel deutscher Unternehmen mit dem Vereinigten Königreich nimmt bereits deutlich ab.
- Jedes 12. Unternehmen plant aktuell eine Verlagerung seiner UK-Investitionen auf andere Märkte.

2. Ein unklarer Brexit und ein unregelter Übergang führen zu Unsicherheit

- Die konkreten Auswirkungen sind für viele Unternehmen aufgrund fehlender Verhandlungsschritte noch unklar.
- Zusätzliche Kostenbelastungen durch Zölle und Steuern sollten, wenn möglich, verhindert werden.
- Eine zügige Klarstellung des zukünftigen EU-UK-Verhältnisses ist unerlässlich. Auch eine mögliche Übergangsphase bis Ende 2020 muss eindeutig und transparent definiert werden.

3. Die Vorteile eines gemeinsamen Binnenmarkts sind zu schützen

- Der freie Verkehr von Waren im Binnenmarkt hat oberste Priorität für die Unternehmen.
- Investitionsverlagerungen aus UK gehen in erster Linie nach Deutschland und andere EU-Länder.
- Der Binnenmarkt der EU-27 sollte weiter gestärkt werden.

Einschätzungen der Unternehmen

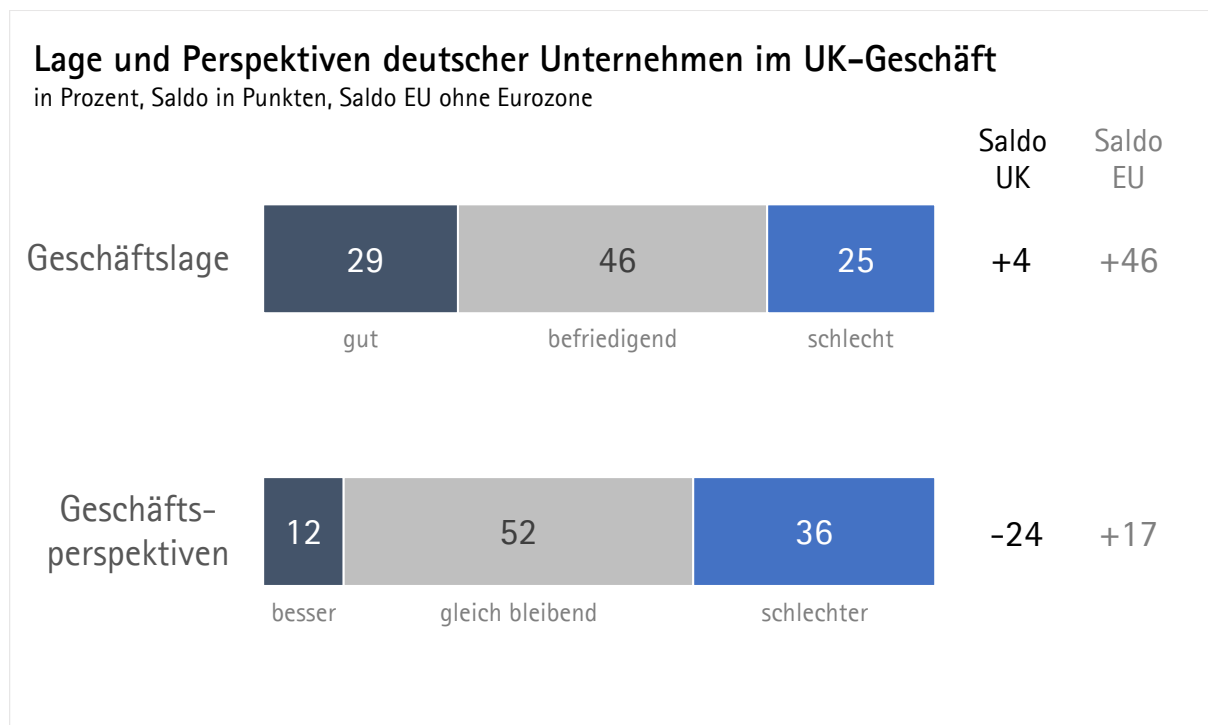
Die Auswirkungen für die deutschen Unternehmen in Bezug auf ihre Geschäfte, Investitionen und den Handel werden aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs (UK) aus der Europäischen Union (EU) ganz überwiegend negativ sein. Erste Anzeichen sind bereits jetzt spürbar: Der Handel mit UK entwickelt sich seit der Brexit-Entscheidung weit weniger dynamisch als es der Konjunkturkontext vorgibt. Die konkreten Änderungen der Rahmenbedingungen für UK-Geschäfte sind für die Unternehmen noch vollkommen unklar. Auch fast zwei Jahre nach dem Referendum und ein Jahr nach dem Austrittsantrag der britischen Regierung stehen die Details noch immer nicht fest. Eine mögliche Übergangsphase könnte negative Folgen abschwächen, es droht aber gleichzeitig eine Verlängerung der Unsicherheit. Einige Unternehmen planen aber bereits Investitionsverlagerungen – vornehmlich in die Länder der restlichen EU.

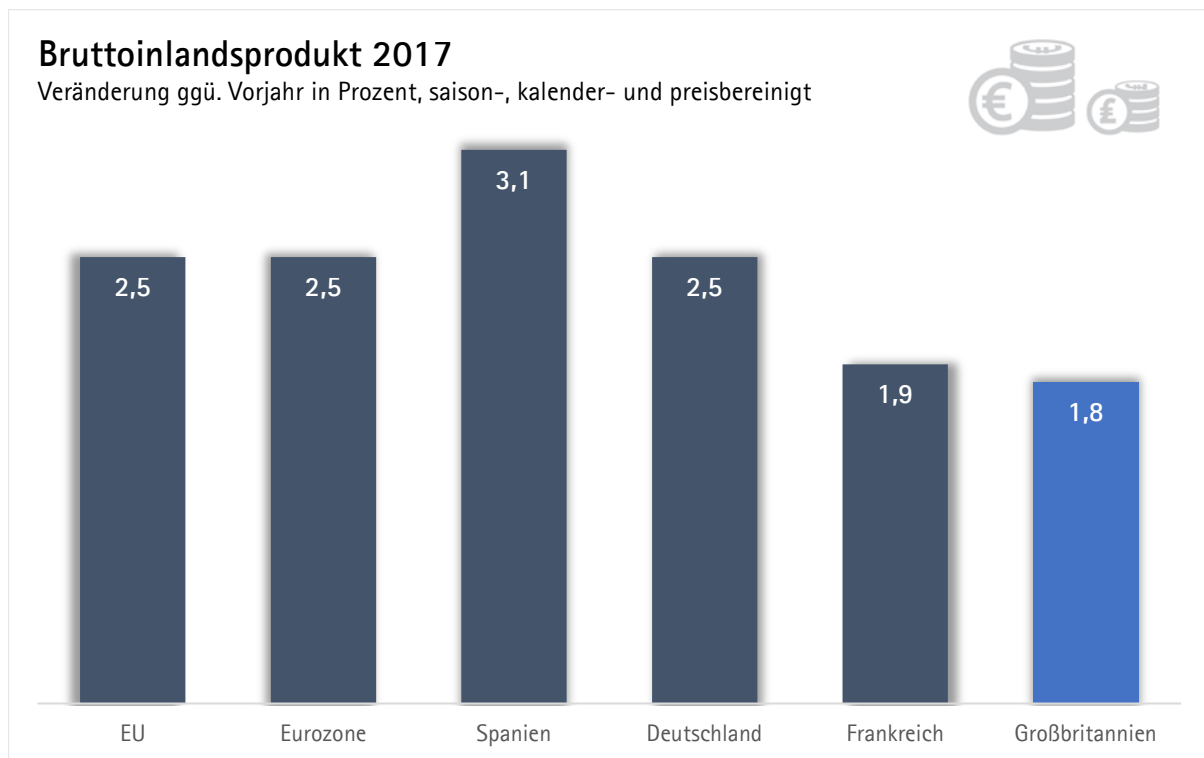
Unternehmen erwarten deutlich schlechtere Geschäfte im Jahr 2018

Die deutschen Unternehmen, die mit UK handeln oder dort investiert haben, schätzen die derzeitige Lage ihrer Geschäfte unter dem Strich noch als halbwegs zufriedenstellend ein: 29 Prozent bewerten das UK-Geschäft als gut, jedoch bezeichnet jedes vierte Unternehmen die Lage als schlecht. Der Saldo aus „Gut- und schlecht-Be-

wertungen“ ist damit im Vergleich zur Vorumfrage minimal von plus drei auf plus vier Punkte gestiegen.

Zum Vergleich: Der Saldo der aktuellen Geschäftslage deutscher Unternehmen mit anderen EU-Ländern beträgt hingegen plus 46 Punkte, bei Ländern der Eurozone sogar plus 65 Punkte.





Für die kommenden zwölf Monate erwarten die Betriebe eine deutliche Verschlechterung ihrer UK-Geschäfte: Der Anteil der Pessimisten ist mit 36 Prozent deutlich größer als der der Zversichtlichen (zwölf Prozent). Der Saldo liegt bei trüben minus 24 Punkten. Vor allem Unternehmen mit Importen aus dem Vereinigten Königreich sind pessimistisch (Saldo minus 32 Punkte). Betrachtet man die einzelnen Branchen, so schätzen Metallindustrie, Fahrzeugindustrie und Zulieferer sowie Großhandel ihre Geschäftsperspektive am schlechtesten ein.

Die Auswirkungen des kommenden Brexit spüren die Unternehmen aber schon jetzt. Seit dem Referendum hat das britische Pfund im Verhältnis zum Euro abgewertet, was zu Kaufkraftverlusten auf der britischen Insel führt und letztlich auch die Absatzperspektiven deutscher Produzenten schmälert. Im vergangenen Jahr gab es einen Rückgang der deutschen Ausfuhren in das Vereinigte Königreich in Höhe von knapp zwei Prozent. Vor dem Brexit-Votum war Großbritannien Deutschlands drittgrößter Absatzmarkt. 2017 lag dieser nur noch auf Platz fünf.

Auch die Wirtschaftsleistung in Großbritannien wächst nicht mehr so stark wie vor dem Referendum und hält mit anderen Ländern in der EU kaum noch mit. Der DIHK erwartet auf Basis der vorliegenden Unternehmensbefragung 2018 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent und damit deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts von 2,1 Prozent.

Folgewirkung des Brexit sind für viele Unternehmen noch unklar

Die Unternehmen versuchen sich zu wappnen: Knapp ein Jahr vor dem offiziellen Austritt der Briten aus der EU haben sich 79 Prozent der deutschen Unternehmen – auch die ohne direkte Handelsbeziehungen mit Großbritannien – mit möglichen Auswirkungen auf ihr Geschäft auseinandergesetzt. Auch wenn keine direkten Lieferbeziehungen mit britischen Unternehmen oder Investitionen mit dem Vereinigten Königreich bestehen, können weitere Betriebe indirekt über Zulieferstrukturen, Vorprodukte oder Kundenverflechtungen vom Brexit betroffen sein. So kann

Der Brexit-Prozess

Auf dem EU-Ratsgipfel am 22. und 23. März 2018 sollen die Verhandlungsleitlinien zum Rahmen für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und UK angenommen werden. Bis spätestens Ende Oktober 2018 soll ein Vorschlag über das Austrittsabkommen sowie detaillierte Regelungen zur sogenannten Übergangsphase – die voraussichtlich bis Ende 2020 dauern soll – durch die Brexit-Unterhändler erarbeitet werden. Der Entwurf soll sowohl dem Europäischen Parlament als auch dem Britischen Unterhaus zur Abstimmung vorgelegt werden und anschließend vom Rat der EU ratifiziert werden. Das Vereinigte Königreich wird am 30. März 2019 aus der Europäischen Union austreten. Ein Abkommen über die künftigen Beziehungen für die Zeit nach der Übergangsphase wird voraussichtlich noch einige Jahre ausgehandelt werden müssen. Nach jetzigem Stand scheint ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und UK das wahrscheinlichste Modell der künftigen Beziehungen zu sein.

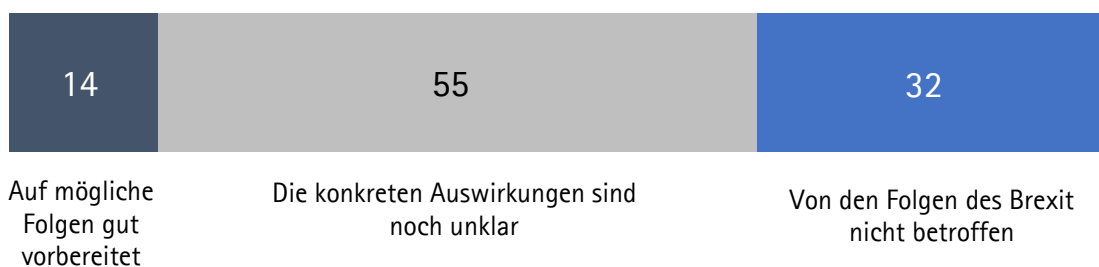


zum Beispiel ein Anlagenbauer zurzeit Komponenten ausschließlich von Zulieferern in Deutschland und Frankreich beziehen und sieht sich durch den Brexit vermeintlich nicht betroffen. Fließen jedoch in die bei einem der Zulieferer gefertigten Komponenten britische Vormaterialien ein, erreicht die betroffene Komponente und dadurch ggfs. auch das Endprodukt nach dem Brexit im Zweifel nicht länger den präferenziellen EU-Ursprung und könnte dann nicht von den

EU-Handelsabkommen zum Beispiel mit Kanada oder Südafrika profitieren.

21 Prozent der auslandsaktiven deutschen Unternehmen haben noch nicht geprüft, inwiefern sie vom Brexit betroffen sein werden. Von den Betrieben mit direktem und signifikantem UK-Geschäft haben 15 Prozent bisher noch nicht die möglichen Folgen des Ausstiegs aus der EU für ihr Geschäft analysiert.

Antworten der Unternehmen, die die Auswirkungen des Brexit auf ihr Geschäft geprüft haben in Prozent



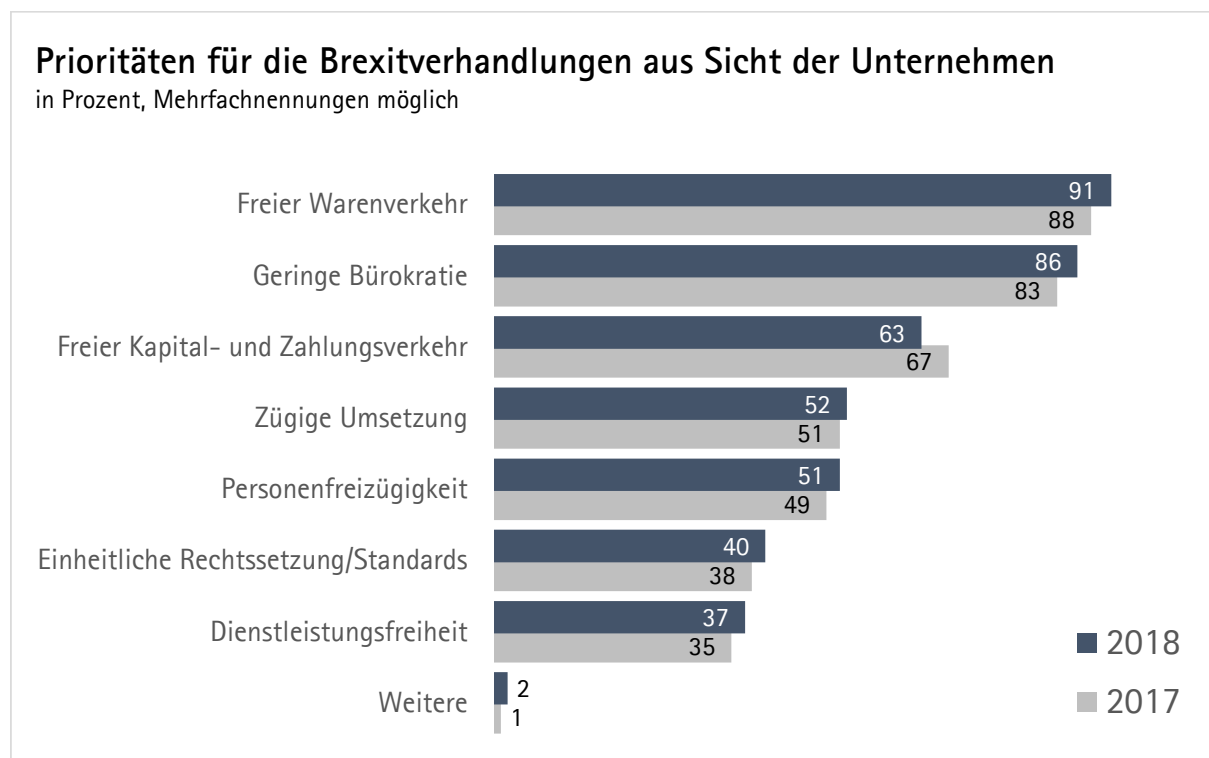
Von den Unternehmen, die sich mit den Auswirkungen des Brexit eingehend beschäftigt haben, gibt jedoch nur etwa jedes siebte Unternehmen an, gut auf mögliche Folgen des Brexit vorbereitet zu sein. Ein Drittel ist nicht von den Folgen betroffen. Mehr als die Hälfte der Betriebe kann jedoch die Folgen für ihr Unternehmen auch nach tieferer Prüfung des Themas noch nicht abschätzen. Die konkreten Auswirkungen des Austritts sind schlicht nach wie vor unklar.

Betrachtet man die Größenklassen der Unternehmen, so sind es vor allem kleine Betriebe, die angeben, vom Brexit nicht betroffen zu sein. Größere Unternehmen sind in höherem Maße betroffen und geben zudem häufiger an, dass die konkreten Auswirkungen noch unklar sind. Viele Details bei Lieferketten sind äußerst komplex und gerade Themen wie Zollverfahren oder technische Zulassungen können ausschlaggebend für einen erfolgreichen Handel sein. Bei Unklarheiten können Unternehmen nicht sicher agieren und könnten im Zweifel sogar Geschäfte unterlassen. Aus diesem Grund muss zügig und um-

fassend Klarheit über die Beziehungen und Regelungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU geschaffen werden.

Prioritäten der Unternehmen für die Brexit-Verhandlungen

Die Prioritäten der Unternehmen für die Austrittsverhandlungen haben sich im Vergleich zur Vorumfrage kaum geändert. Das wichtigste Thema bleibt der freie Warenverkehr: 91 Prozent der Unternehmen fürchten Einschränkungen oder höhere Kosten bei der Lieferung von Gütern. Damit verbunden sind die Sorgen nach mehr Bürokratie wie Zollanmeldungen oder Zulassungsverfahren. 86 Prozent der Unternehmen sehen dies als wichtigen Punkt für die Verhandlungen an. Etwas mehr als die Hälfte der im UK-Geschäft tätigen Unternehmen sieht eine zügige Umsetzung als Priorität für die Verhandlungen an. Damit verbunden ist die Hoffnung, möglichst schnell Klarheit über die Auswirkungen auf die eigenen Geschäfte zu erhalten und sich auf die



Folgen vorbereiten zu können. Als weitere wichtige Faktoren werden die Personenfreizügigkeit von der Hälfte der Unternehmen sowie einheitliche Rechtssetzung/Standards und die Dienstleistungsfreiheit von mindestens einem Drittel der Unternehmen genannt.

Die Prioritätenliste macht deutlich, dass den Unternehmen die Errungenschaften der EU wie der freie Warenverkehr äußerst wichtig sind. Einzelne Unternehmen nennen deshalb auch, dass der Brexit nicht die Stabilität des Binnenmarktes der übrigen 27 EU-Länder gefährden darf. Es wird vor zu vielen Privilegien für Großbritannien im Zuge der Verhandlungen gewarnt. Vereinzelt bestehen bei den Unternehmen auch Sorgen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des britischen Pfunds.

Verlagerung von Investitionen

Etwa acht Prozent der Unternehmen mit Investitionen im Vereinigten Königreich planen bereits Verlagerungen auf andere Märkte aufgrund des

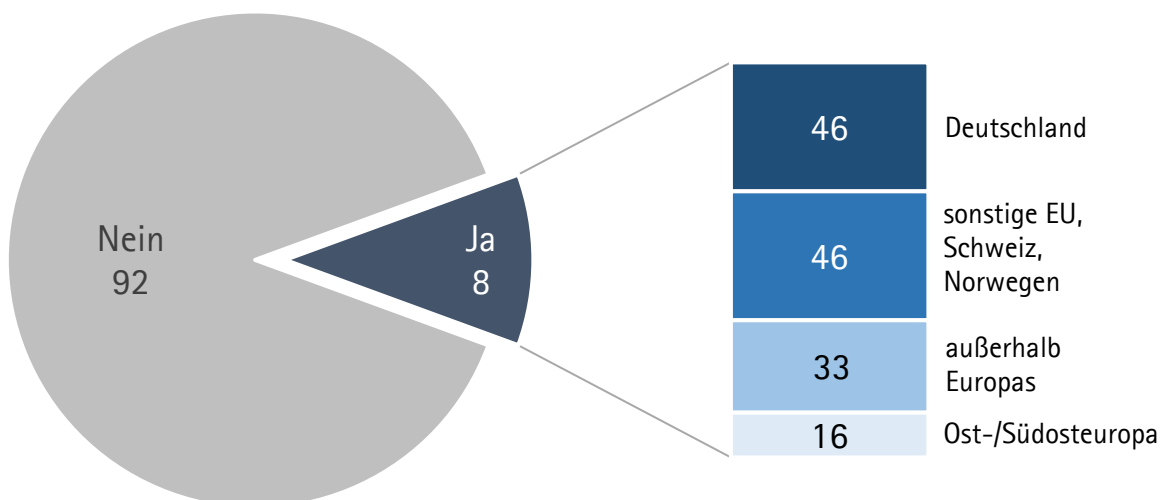
bevorstehenden EU-Austritts. Und das, obwohl die genauen Konditionen für den Austritt noch nicht vorliegen.

Mit Investitionsverlagerungen sollen Nachteile durch den Verlust der Mitgliedschaft im Binnenmarkt abgemildert werden. Kurzfristig sind mit einer Produktionsverlagerung zwar Kosten verbunden, in langfristiger Perspektive erhöht der Rückzug aus dem Vereinigten Königreich aber die Sicherheit. Unklar ist weiterhin, wie die britische Regierung Anreize für Investitionen nach dem Brexit schaffen will.

Da die Vorteile des Binnenmarktes nach dem Brexit voraussichtlich nicht mehr gegeben sein werden, planen die deutschen Unternehmen die Verlagerung von Investitionen in erster Linie in den Binnenmarkt der restlichen 27 EU-Länder. Jeweils knapp die Hälfte zieht eine Verlagerung nach Deutschland oder in die sonstige EU, die Schweiz oder Norwegen in Betracht. Ein Drittel denkt über eine zukünftige Zielregion außerhalb Europas nach.

Verlagerung von UK-Investitionen auf andere Märkte

Unternehmensanteil in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Zoll: Mögliche Auswirkungen des Brexit auf den deutsch-britischen Handel

Wenn das Vereinigte Königreich nicht mehr Mitglied des Binnenmarktes ist, müssen alle Unternehmen, die mit Großbritannien Handel treiben, ihre Waren beim Zoll anmelden. Schätzungen des DIHK zufolge wären davon mindestens 30.000 deutsche Exportunternehmen betroffen. Darüber hinaus werden rund 40.000 Unternehmen Zollanmeldungen abgeben müssen, weil sie aus Großbritannien importieren.

- Geschätzte Anzahl zusätzlicher Zollanmeldungen: ca. 14,6 Millionen Euro pro Jahr
- Geschätzte Kosten für die Gesamtzahl der Zollanmeldungen: ca. 200 Millionen Euro pro Jahr
- Kosten für die Gesamtzahl der präferenziellen Ursprungsnachweise: ca. 300 Mio. Euro pro Jahr

Diese Zahlen zu den Kosten einer Zollanmeldung spiegeln eine konservative Schätzung wider, da sie auf Befragungen von Unternehmen basieren, die mit der Einreichung von Zollanmeldungen und der Ausstellung von Präferenznachweisen bereits vertraut sind.

Vor diesem Hintergrund wird der Brexit zwei Unternehmensgruppen besonders hart treffen:

- Unternehmen, die bisher nur innerhalb des Binnenmarktes Handel betreiben und daher mit zoll-spezifischen Verfahren nicht vertraut sind. Oft sind dies kleine oder mittlere Unternehmen (KMU).
- Unternehmen mit internationalisierten und komplexen Wertschöpfungsketten, deren Produkte an diversen Standorten unterschiedliche Verarbeitungsschritte durchlaufen und hierfür z.T. mehrmals aus- und wieder eingeführt werden. Dies erfordert jedes Mal eine Zollanmeldung.

Aufwand und Kosten für Zollanmeldungen und Präferenznachweise für die deutsche Wirtschaft im Falle eines Brexit (Schätzung DIHK; in Euro)

	Zahl der Anmelder* (Unternehmen)	Zahl der Anmeldungen pro Jahr* (Zollanmeldungen)	Kosten gesamt für Zollanmeldungen pro Jahr in Euro (bei 40 Euro/h Lohn = 14 Euro pro Meldung)	Kosten gesamt für Präferenznachweise in Euro pro Jahr (bei 40 Euro/h Lohn = 27 Euro pro Nachweis)**
Einfuhr	39.489	4.609.313	64.530.382	93.338.588
Ausfuhr	31.420	9.990.408	139.865.708	202.305.756
Summe		14.599.721	204.396.090	295.644.344

* Abgeleitet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes für die USA 2016; Übereinstimmung Warenkorb zwischen USA und GB bei Importen: 85 %; bei Exporten: 95 %.

** Basierend auf Umfragen der IHKs Rheinland-Pfalz, IHKs Bayern, eigene Berechnungen DIHK

*** Annahmen: Präferenznachweis erfolgt mittels förmlichem Präferenzdokument. Nutzungsrate von Zollpräferenzen im Rahmen eines möglichen EU-GB Freihandels-abkommens von 75 %, d.h. für 75 % aller Warensendungen werden Präferenznachweise ausgestellt, um von reduzierten Zollsätzen (z.B. 0 %) bei Ein- und Ausfuhr zu profitieren. Bei Einfuhren fallen die Kosten für die Erstellung von Präferenznachweisen auf Seiten der britischen Unternehmen an. Jedoch ist es wahrscheinlich, dass diese Kosten an deutsche Importeure weitergereicht werden.

Quellen: Statistisches Bundesamt, IHK Koblenz, IHK für München und Oberbayern, DIHK